

Landtagsbeilage zur Sächsischen Staatszeitung

Nr. 80.

zu Nr. 143 des Hauptblattes.

1927.

Beauftragt mit der Herausgabe Regierungsrat Brauke in Dresden.

Landtagsverhandlungen.

(Fortsetzung der 36. Sitzung
von Donnerstag, den 16. Juni 1927.)

Abg. Enterlein (Wirtsch.): Stundenlang hat heute die linke Seite des Hauses über Klassenjustiz geredet, hat von Ungerechtigkeiten und Greueln gesprochen, die innerhalb unserer Justiz bestehen sollen. Wenn das, was hier erzählt worden ist, wahr wäre, dann wäre unser Staat meiner Meinung nach eine Hölle, und wir alle wären die Knechte darin. Ich darf aber sagen, daß sehr weite Kreise unserer Bevölkerung, darunter auch viele von Wählern der Linken, sich in diesem Staate sehr wohl fühlen und mit der Kritik, die die Linke an der Justiz geübt hat, nicht einverstanden sind. Aber diejenigen, die so reichlich über die angebliche Klassenjustiz gesprochen haben, nehmen die Freiheit, die ihnen diese angebliche Klassenjustiz gibt, reichlich in Anspruch. Das hat die heutige Aussprache zur Genüge gezeigt.

Wenn man dann weiter gehört hat, wie heute Herr Abg. Hofner über Äußerungen von Regierungsvertretern im Rechtsausschuß gerade in das Gegenteil umgekehrt hat, dann muß man schon einmal durch einen kräftigen Zwischenruf diese Art und Weise kennzeichnen, selbst wenn man sich dadurch einen Ordnungsruf zuzieht.

Mit der Berichterstattung aus dem Ausschuß ist es eine eigene Sache. In der Zeitschrift des Reichsverbandes der Justizbeamten vom 1. Juni b. J. befindet sich s. B. ein Bericht über „der sächsische Justizetat im Haushaltsausschuß A des sächsischen Landtags“. Dort wird folgendes festgestellt:

Am 11. und 16. Mai 1927 fand im Haushaltsausschuß A die Beratung der Justizkapital 22 und 23 statt.

Der Abgeordnete Herr Landgerichtsdirektor Neu (S.P.D.) stellte für die sächsischen Justizbeamten bei Kap. 23 folgende Anträge:

— nun werden die Anträge im einzelnen aufgeführt. Weiter haben Anträge gestellt die kommunistische Partei:

— und nun kommen diese.

Weiter steht hier, daß der Abg. Wötling als Berichtsersteller die Überweisung der Anträge der Justizbeamten an den Besoldungsausschuß beantragt hat; und nun wird festgestellt, daß der Ausschuß die Überweisung an den Besoldungsausschuß beschloß.

Abg. Neu war gegen Überweisung an den Besoldungsausschuß und ist mit allem Nachdruck für Annahme der berechtigten Anträge der Justizbeamten im Haushaltsausschuß A eingetreten.

Nicht einmal der Abgeordnete, Herr Justizinspektor Enterlein, hat sich von der Berechtigung der von dem Herrn Abg. Neu gestellten Anträge überzeugen lassen.

Hier wird die Wahrheit völlig verkehrt. Ich möchte zunächst feststellen, daß ich nur in der Sitzung vom 11. Mai im Haushaltsausschuß A anwesend war, nicht aber am 16., als die Abstimmung stattfand. Dort war der ordnungsmäßige Vertreter meiner Fraktion anwesend. Aber auch wenn ich anwesend gewesen wäre, hätte ich das gleiche tun müssen wie unter Fraktionsvertreter; denn es ist ein Ding der Unmöglichkeit, die Besoldungsreform für einzelne Gruppen, für einzelne Beamte vorwegzunehmen. (Sehr richtig! rechts. — Abg. Neu: Das ist gar keine Besoldungsreform!) Das ist eine Besoldungsreform, Herr Kollege, Sie wollen für Beamte eine andere höhere Einkufung, deren Berechtigung ich für die künftige Besoldungsordnung durchaus anerkenne. Es kann also die Annahme dieser Anträge jetzt überhaupt nicht in Frage kommen. Das wissen alle Parteien ganz genau, und es ist parteipolitische Agitation, wenn hier die Sache falsch dargestellt wird. (Sehr wahr! b. d. Wirtsch.)

Ich möchte nun kurz noch auf die Sache selbst eingehen und mit zunächst namens der mittleren Justizbeamten die Bitte erlauben, daß die Entlastungsgelehrte erweitert wird, die den Richtern minderwichtige Geschäfte abnimmt und sie den mittleren Justizbeamten, den sogenannten Rechtspflegern, überträgt. Wenn auf dieser Bahn weitergeschritten wird, so wird auch die überaus große Inanspruchnahme der Richter, von der heute wiederholt gesprochen worden ist, gemildert. Das Institut der Rechtspfleger hat sich außerordentlich bewährt. Mir ist zwar bekannt geworden, daß einzelne Behördenvorstände Berichte an das Justizministerium gegeben haben sollen, in denen gelagt wird, daß diese Rechtspfleger, diese mittleren Justizbeamten, den ihnen übertragenen Aufgaben nicht gewachsen seien. Ich möchte demgegenüber feststellen, daß der Herr Justizminister in der Sitzung des Haushaltsausschußes A ausdrücklich festgestellt hat: die Rechtspfleger werden vom Ministerium als eine gute Einrichtung angesehen, die sich durchaus bewährt hat. Man muß nur tatsächlich vollwertigen Kräften, die die vorgeschriebenen Prüfungen in der ordnungsmäßigen Weise bestanden haben, diese Geschäfte übertragen.

In einem Punkte kann ich dem Herrn Justizminister nicht beitreten (Hört, hört! und Heiterkeit links.), das ist auf dem Gebiet der Geschäftsordnung. Der Herr Kollege Neu hat den Antrag gestellt, diese Geschäftsordnung neu zu fassen und zu drucken. Dem kann man nur zustimmen. Die Geschäftsordnung ist bisher wie eine Bibel, und da sind noch nicht einmal alle Einfügungen von Beschlägen und Nachträgen drin. Bei einem Neubruck bleibt der Mangel der massenhaften Nachträge

und der Unübersichtlichkeit bestehen. Man muß sich deshalb die Fortschritte der Technik zunutze machen und die Geschäftsordnung in den einzelnen Teilen in Klappenform mit austauschbaren Blättern einrichten, dann wird die Geschäftsordnung eine dauernd brauchbare Einrichtung sein. (Lachen links.)

Ich möchte dann noch einige Worte nicht nur für die mittlere Justizbeamten, sondern auch für die mittlere Beamtenenschaft im allgemeinen sprechen. (Abg. Neu: Und die untere?) Ich habe schon erklärt, daß ich die berechtigten Wünsche der unteren Beamtenenschaft anerkenne und bei Beratung der Besoldungsreform für die Erfüllung dieser Wünsche eintreten werde. (Abg. Neu: Daraus wird nicht bis zur Besoldungsreform zu warten!) Ich möchte nämlich den Wunsch zum Ausdruck bringen, daß schon in der Gegenwart bei Befolgung der gehobenen Stellen, die für die mittlere Beamtenenschaft vorgesehen sind, auch die Provinz mehr als bisher berücksichtigt wird, daß auch die tüchtigen Kräfte aus der Provinz hier herangezogen werden, und ich möchte weiter dem Wunsch Ausdruck geben, daß bei der Besoldungsneuregelung überhaupt auch für die Provinz Aufstiegsstellen in dem jetzt fast nur für die Großstadt vorgeschriebenen Maße geschaffen werden möchten.

Wenn der Herr Kollege Dr. Gelfert darauf zu sprechen gekommen ist, daß eine Gleichstellung der mittleren Beamten mit den Lehrern verlangt wird, so möchte ich das hier ganz nachdrücklich unterstreichen. Es kann dabei von einer Mißgunst der Beamtenenschaft gegenüber der Lehrerschaft keine Rede sein. Die mittlere Beamtenenschaft will weiter nichts, als daß sie das gleiche Recht erhält wie die Lehrerschaft. Wir haben heute erst wieder im Beamten- und Besoldungsausschuß gehört, daß jedem Lehrer gesetzlich garantiert ist, daß er nach 30 bis 40 Dienstjahren in die Gruppe IX kommt. Wir sind der Meinung, daß dieses Recht auch den mittleren Beamten zuteil werden muß. Ihre Arbeit ist für den einzelnen wie auch für die Gesamtheit mindestens ebenso wertvoll wie die Volksschularbeit der Lehrer. (Hört! Hört! b. d. Dem. — Bravo! rechts.)

Damit ist die Aussprache erschöpft.

Nachstfolgenden Berichtigungen der Abg. Dr. Wagner (Dem.) und Neu (Soz.) werden die Anträge auf Drucksache Nr. 380 unter I alle mit Ausnahme von Ziff. 5 und 6, unter III, 1—6, 9, 10, 11 und 14 abgelehnt, die Anträge I, 5 und 6, II — jedoch ausschließlich des Tit. 17 b —, III 7, 8, 12 und 13 angenommen.

Die Anträge auf Drucksache Nr. 381 werden unter I abgelehnt, unter II und III angenommen. Gegen das Gehalt des Justizministers, über das getrennt abgestimmt wird, stimmen die Sozialdemokraten und Kommunisten.

Die Anträge aus Drucksache Nr. 10, 38, 192, 235 und 354 werden dem Rechtsausschuß überwiesen.

Die Anträge auf Drucksache Nr. 392 unter I werden abgelehnt, unter II und III angenommen.

Punkt 9: Erste Beratung über den Antrag des Abg. Krst u. Gen., die Reform des Ehegerichts- und des ehelichen Güterrechts betr. (Drucksache Nr. 237) wird von der Tagesordnung abgelehnt.

Damit ist die Sitzung zu Ende.

(Schluß der Sitzung 9 Uhr nachmittags.)

37. Sitzung.

Dienstag, den 21. Juni 1927.

Präsident Schwarz eröffnet die Sitzung 1 Uhr 4 Minuten.

Am Regierungstisch Ministerpräsident Heldt, sämtliche Minister sowie eine Anzahl Regierungsvertreter.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort zu einer Erklärung

Abg. Dr. Kaffner (Dem.) Der Herr Abg. Ahmann hat in der vorigen Sitzung am 16. Juni 1927 im Namen der Reichspartei des deutschen Mittelstandes eine Erklärung abgegeben. Diese Erklärung enthielt zunächst objektive Unrichtigkeiten (Abg. Liebmann: Hört! hört!) und bedarf insofern der Klarstellung. Die Erklärung beginnt nämlich mit den Worten:

„Der Abg. Dr. Kaffner hat in der letzten Landtags-sitzung im Eingang seiner Rede die Behauptung aufgestellt, die Regierungsparteien im Reichstage hätten eine von seinen politischen Freunden eingebrachte Interpellation gegen die beabsichtigte Porto-erhöhung abgelehnt. Dabei seien die Regierungsparteien von der wirtschaftlichen Vereinigung unter-stützt worden.“

Zunächst ist es parlamentarisch unmöglich, eine „Interpellation“ als solche abzulehnen. Infolgedessen habe ich auch das nicht behauptet. Was ich behauptet habe, ist vielmehr folgendes (ich verweise dabei auf den Bericht in der Landtagsbeilage der „Sächsischen Staatszeitung“ Nr. 77, S. 281, Spalte 1):

Meine Freunde im Reiche hatten bereits An-las genommen, im Reichstage am 11. Mai eine sehr ausführliche Interpellation, Drucksache Nr. 3367, zu

der Sache einzubringen. Die Besprechung dieser Interpellation im Reichstage über die Beschwerden, die mein verehrter Vorredner vorgebracht hat, wurde von der Regierung abgelehnt, die Regierungsparteien haben sie dabei unterstützt, auch die wirtschaftliche Vereinigung im Reichstage.“

Diese von mir getroffene Feststellung ist von Herrn Abg. Ahmann nicht bestritten, weil sie den Tatsachen entspricht.

Wenn im übrigen in der Erklärung des Herrn Abg. Ahmann darauf verwiesen wird, daß in der Reichstags-sitzung vom 15. Juni 1927 die Besprechung der Interpellation über die Portoerhöhung tatsächlich im Reichstage stattgefunden hat und daß dabei nicht nur der Abg. Rollath gegen die Portoerhöhung Stellung nahm, sondern daß auch die wirtschaftliche Vereinigung zusammen mit meinen politischen Freunden und den Sozialdemokraten dem Antrag der letzteren auf Zurückziehung der Portoerhöhungsvorlage zu-gestimmt hat, so ist diese Tatsache sehr erfreulich, gegen-über meinen Ausführungen aber belanglos.

Es ist dem Herrn Abg. Ahmann scheinbar ent-gangen, daß meine Ausführungen bereits am 14. Juni, also am Tage vor der Reichstagsverhandlung, gemacht worden sind und sich auf die Zeit vor dem 14. Juni bezogen, und daß man, wenn man einen anderen Abgeordneten eines Irrtums zeihen will, nicht auf Tatsachen verweisen kann, die im Augenbilde, wo er seine Ausführungen machte, überhaupt noch nicht vorlagen, sondern erst später in die Erscheinung ge-treten sind.

Ich darf also meine in der Verhandlung vom 14. Mai 1927 gemachten Ausführungen aufrechterhalten und das Urteil über die Bedeutung der von Herrn Abg. Ahmann abgegebenen Erklärung dem Hause und der Öffentlichkeit überlassen. (Hört! hört! b. d. Soz. — Abg. Ahmann: Das war sehr billig!)

Punkt 1: Erste Beratung über die Vorlage Nr. 18 zur Ergänzung des Entwurfes eines Gesetzes über den Staatshaushalt auf das Rechnungsjahr 1927. (Vgl. Landtagsbeilage Nr. 71 S. 260 zu Hptbl. Nr. 116.)

Abg. Vöttcher (Komm.): Die Regierung hat eine neue Vorlage eingebracht, in der sie einen Kredit in Höhe von 30 Mill. R. fordert. Es wäre sehr interessant, von der Regierung zu erfahren, wie sie sich die Finanz-geldbarung in den nächsten Monaten weiterhin überhaupt vorstellt. Die Regierung hat ja bereits im Etat darauf hingewiesen, daß eine große Reihe ungebederter Ausgaben im Etat zum Ausdruck kommt, u. a. auch die Beamten-besoldung. Der Reichsfinanzminister wies darauf hin, daß die Länder und Gemeinden von der Reichsregierung auf keinerlei Zuschüsse bei der Durchführung der Beamtenbesoldungsreform rechnen dürften. Nun frage ich die Regierung, wie sie sich denn ihrerseits die Durch-führung der Beamtenbesoldungsreform denkt, wenn bereits für den Bedarf an laufenden Mitteln ein solches Loch in der Kasse ist und die Regierung von einer Anleihe zur anderen schreiten muß.

Der Landtag hat bereits bei der Etatberatung von der Regierung gefordert, daß sie über die von ihr geforderten bzw. erlassenen Grund- und Gewerbesteuern in Sachen Rechenschaft ablegen soll. Wir warten heute noch auf die Mitteilung der Regierung darüber, wie hoch der Betrag an geforderten und erlassenen Steuern in Sachen ist. Die breite Masse will beurteilen können, ob die Regierung ihre Politik auf Grund von Anleihen durchführen muß, oder ob nicht die geforderten und geschnittenen Steuern eine solche Höhe ausmachen, daß diese Anleihen überflüssig wären.

Der Herr Abg. Dr. Eberle hat am 6. April in seinem Ausschußbericht über die Vorlage der Regierung erklärt, daß von der Partei des Herrn Abg. Großmann ein Antrag gestellt worden sei, daß die geforderten Kredite 130 Millionen Mark betragen sollen. Das wären nach Abzug der 60 Millionen Schapanweisungen 70 Milli-onen Mark neue Anleihen. Das war bereits damals ein Kompromißvorschlag der Wirtschaftspartei. Aus der jetzigen neuen 30-Millionen-Vorlage der Regierung ergibt sich ein Gesamtbetrag an neuen Anleihen von 70 Millionen Mark. Die Vorlage der Regierung bewegt sich also auf der Linie des Kompromisses der Wirtschaftspartei. Herr Abg. Dr. Eberle erklärte weiter, daß die Deutschnationalen nicht in der Regierung seien, sie könnten einer Regierung, an der sie nicht beteiligt sind, diese Mittel in einer solchen Höhe nicht bewilligen. Daraus ging hervor: Wenn die Deutschnationalen in der Regierung wären, würde es ihnen nicht schwer fallen, diese Blankovollmacht zu geben. Wir haben hier ein Beispiel dafür, wie die Deutschnationalen ihre Position ausgenutzt haben, um Liebesgaben aus der Regierung herauszupressen.

Wir können das erbauliche Schauspiel erleben, daß nunmehr im Zusammenhang mit der Vorlage auch wieder die Regierungsfrage in alle diese Dinge hinein-spielt. Die Deutschnationalen nehmen es ja mit ihren Drohungen nicht allzu ernst. Wir werden auch diese neue Puppenvorlage der Regierung dazu benutzen, die Arbeiterchaft darauf aufmerksam zu machen, welche finanzielle Mißwirtschaft die Regierung betreibt. Wir lehnen die Vorlage ab.

Die Vorlage wird dem Haushaltsausschuß A über-wiesen. (Abg. Dr. Vöttcher und B)